

66. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 11. September 2014

Top 12: Finanzierung für Frauenhäuser nachhaltig sichern

Antrag

Der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/6677

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Schneider das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Schutz von Gewalt Betroffener ist kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem. Deshalb ist es für uns Liberale wichtig, ein Umdenken beim Handeln und beim Verhalten der Gesellschaft zu bewirken. Wir müssen präventiv agieren, die Weitergabe von Gewalt von Generation zu Generation unterbrechen und gewaltlose Konfliktlösungen stärken. Das ist eine Herkulesaufgabe, denn unsere Gesellschaft ist bunt. Sie lebt sowohl von Einflüssen aus unterschiedlichen Kulturkreisen, die Gewalt bis heute anders definieren, als auch von Einflüssen des modernen medialen Zeitalters.

Ein gut ausgetüftelter Aktionsplan kann wie eine Impfung gegen Infektionskrankheiten das Gewaltproblem eindämmen. Deshalb ist die Teilnahme an der dem „Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ vorgeschalteten Steuerungsgruppe für uns Liberale wichtig und bedeutsam gewesen. Wir bedauern sehr, dass sich der Abschluss der Steuerungsgruppe mit der Abgabe von Handlungsempfehlungen für einen Landesaktionsplan an die rot-grüne Landesregierung um ein Vierteljahr verzögert hat. Für meine Fraktion darf ich betonen, dass wir uns den Landesaktionsplan, dessen Umsetzung bevorsteht, sehr genau anschauen und bei Bedarf auch Korrekturen einfordern werden.

Eine dauerhaft gesicherte Finanzierung der Frauenhäuser auf möglichst unbürokratische Art und Weise ist wünschenswert. Dennoch hat diese Angelegenheit mit dem heutigen Antrag einen sehr faden Beigeschmack bekommen. Ich finde es bedauerlich, dass der Piratenantrag

offensichtlich nur deshalb initiiert worden ist, weil heute vor dem Landtag eine Veranstaltung der LAG Autonomer Frauenhäuser stattgefunden hat.

(Beifall von der FDP – Zuruf von den PIRATEN: Nein, umgekehrt!)

Es hat mich persönlich sehr geärgert, dass Sie mit diesem wichtigen Thema hier und heute Schönwetterpolitik machen.

(Zurufe von den PIRATEN: Oh!)

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, bevor wir eine gesicherte Finanzierung von Frauenhäusern einleiten, müssen wir prüfen, ob und gegebenenfalls wie wir bzw. der Bund mit der Istanbul- Konvention umgehen. Sie ist im August in Kraft getreten und empfiehlt einen Frauenhausplatz je 10.000 Einwohner. Wir haben hier in NRW – Stand 2011 – eine Quote von 1:28.000. Es stellen sich daher drei Fragen, die geklärt werden müssen:

Erstens. Wann wird die Bundesregierung die Istanbul-Konvention ratifizieren, und welche Auswirkungen wird dies für NRW haben?

Zweitens. Bedarf es in NRW wirklich einer Frauenhausplatzquote von 1:10.000, oder sollte die nordrhein-westfälische Frauenhausplatzquote auch nach anderen Faktoren, zum Beispiel dem Grad der Verstädterung, berechnet werden?

Drittens. Wann ist geklärt, ob es eine bundeseinheitliche Finanzierung der Frauenhäuser geben wird oder nicht?

Gerade die letzte Frage ist aus meiner Sicht zu klären, wenn wir das Finanzierungssystem für Frauenhausplätze umstellen wollen. Im Übrigen vermisse ich genau diesen Aspekt in Ihrem Antrag.

Stattdessen wollen Sie von der Piratenfraktion eine Beschlussfassung herbeiführen, dass pauschal alle Frauenhäuser eine Finanzierung sichergestellt bekommen, unabhängig von der Kapazitätsauslastung. Mit diesem Punkt werfen Sie die haushaltsrechtlichen Grundsätze der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit vollkommen über Bord.

Mit einer solchen Forderung holen Sie uns Liberale nicht ins Boot. Wir stehen für eine solide Haushaltspolitik mit einer Ausgabenpolitik, die wohl dosiert und qualitativ hochwertig sein muss. Das ist ein Spagat, den wir uns nicht scheuen zu machen.

Bedauerlich ist auch, dass die EU-Konvention mit keinem Wort erwähnt wird. Ich stelle also fest, dass Ihr Antrag auch an dieser Stelle zu kurz greift.

Abschließend möchte ich festhalten, dass wir im Rahmen der Anhörung zum Oranje Huis erfahren haben, dass, was die Beratung betrifft, dringender Handlungsbedarf nicht nur bei den Tätern und den Opfern, sondern auch bei den Kindern besteht. Wir brauchen also stationäre sowie ambulante Beratungs- und Schutzangebote sowohl zur Vor- als auch zur Nachsorge. Ich erhoffe mir, dass dies auch im Landesaktionsplan aufgenommen und in Angriff genommen wird. Das ist ganz wichtig, damit der Schalter in den Köpfen unserer Mitbürger umgelegt und die Gewalt eingedämmt wird.

Wir Liberale sind auch im Zuge der Anhörung zum Oranje-Huis-Konzept hellhörig geworden bezüglich der Angebote für von Gewalt betroffene Männer. Hierzu habe ich auch den Draht zur Männerberatungsstelle in Bielefeld gesucht. Ich habe zu diesem Thema eine kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt und war mit der Antwort nicht ganz zufrieden, denn ein Männerhaus gibt es in Nordrhein- Westfalen nicht. Wenn wir im Ausschuss über das Thema „Frauenhäuser“ beraten, würde ich mich freuen, wenn wir einen Weg fänden, bei Schutzbedürftigkeit künftig auch männlichen Jugendlichen bis zum Alter von 16 Jahren zusammen mit ihrer Mutter Zufluchtsmöglichkeiten zu eröffnen.

Der Überweisung an den Ausschuss stimme ich zu. Ich freue mich auf die Beratungen und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Steffens das Wort.